

Kreisblatt für den Kreis Gießen.

Nr. 38

30. April

1915

Betr.: Die Erhebung der Vorräte von Getreide und Mehl am 9. Mai 1915.

An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Grob. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

§ 1. Nach Bundesratsbeschluss sollen am 9. Mai ds. Js. die Vorräte von Getreide und Mehl erneut festgestellt werden. Mit der Durchführung der Erhebung ist die Grob. Zentralstelle für die Landesstatistik in Darmstadt beauftragt.

§ 2. Die Erhebung ist im allgemeinen die gleiche wie diejenige vom 1. Dezember 1914. Sie erstreckt sich auf alle landwirtschaftlichen Betriebe, ferner auf diejenigen Unternehmen, die Vorräte von Getreide und Mehl aus Anlaß ihres Handels- und Gewerbebetriebs im Gewahrsam haben. Ausgeschlossen von der Erhebung sind also die gewöhnlichen Haushaltungen, die bei der Ermittlung vom 1. Februar ds. Js. mit-erfaßt wurden.

Für die Aufnahme kommen somit in Betracht:

1. Sämtliche landwirtschaftlichen Betriebe.
2. Von gewerblichen Betrieben insbesondere: Getreide-Mahl- und Schälereien; Bäckereien, Konditoreien, Pfefferfäbriken; Mühlen- und Molkereifabriken; Nahrungsmittelfabriken; Molkereifabriken; Gersten- und Malzkaffeeabriken; Molkereien; Molkereien, Molkereien mit eigenem Viehstand; Molkereien und Bäckereien ohne landwirtschaftlichen Betrieb; Bäckereien; Brauereien und Branntweinbrennereien (mit Ausnahme der Obst- und Weinbrennereien, d. h. solcher, die in einem Betriebsjahr nicht mehr als 10 hl Alkohol herstellen).
3. Von Handelsbetrieben insbesondere: Handel mit Getreide und Mühlenfabrikaten, Hülsenfrüchten, Futtermitteln, Kolonialwaren; Konsumvereine; Warenhäuser; Getreidehallen und Lagerhäuser; Handel mit Schlacht- und Nutzvieh; Pferdehandel.
4. Von Verkehrsbetrieben insbesondere: Personen- und Frachtfuhrgehefte einschließlich Omnibusbetriebe; Straßenbahnbetriebe; Luftspinnbetriebe, Grubenhäuser; Expedition; Abfuhrbetriebe; Leichenbestattung; Eisenbahnen und Schiffahrtsbetriebe nur insofern, als bei ihnen Brotgetreide, Mehl, Gerste, Hafer und Mengkörner nicht nur zum Zwecke des Weitertransports, sondern für längere Zeit gelagert ist, z. B. in Eisenbahnlagerräumen, Schiffslagerhallen, Schiffsräumen, die als Lager benutzt werden.
5. Sonstige Betriebe, wie Zirkusunternehmungen, Reit-institute, Zoologische Gärten.
6. Kommunalverbände und sonstige öffentlich-rechtliche Körperschaften und Verbände, sowie die durch den Reichsfiskus bestimmten Verteilungsstellen für Gerste und Hafer.

§ 3. Zur wahrheitsgemäßen Anzeige der vorhandenen Vorräte sind die Betriebsinhaber oder deren Vertreter verpflichtet.

§ 4. Die Aufnahme soll die Vorräte der nachstehend aufgeführten Getreide- und Mehlsorten erfassen, die sich in der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1915 im Gewahrsam der zur Anzeige Verpflichteten befinden haben, gleichgültig, wer Eigentümer ist: Weizen, Spels, Roggen, Gerste (Brau- und Futtergerste ausschließlich), Hafer, Mengkörner, Mischfrucht, Weizenmehl, Roggenmehl, Hafermehl, Gerstenmehl, oder deren Gemische.

Als Getreidegemische sind sowohl natürlich gewachsene als auch nach der Ernte künstlich hergestellte Gemische anzugeben. Für die Unterbringung der Gemische in die Spalte der Erhebungsformulare ist der Hauptbestandteil der Gemische ausschlaggebend.

Vorräte, die in fremden Speichern, Getreideböden, Schuppen, Schiffsräumen und dergleichen lagern, sind vom Verfügungsberechtigten anzugeben, wenn er die Vorräte unter eigenem Verschluss hat. Ist letzteres nicht der Fall, so sind die Vorräte von dem Verwalter der Lagerräume anzugeben. Die Eisenbahnen haben nur die Vorräte anzugeben, die sich bei ihnen auf Lager befinden. Ist die Lagerung nur zum Zwecke der Umladung oder der Auslieferung der Ware an den Empfänger erfolgt, so haben die Eisenbahnen diese Vorräte nicht anzumelden. Die Anzeige über Vorräte, die sich an dem Erhebungstag auf dem Transport befinden, ist unverzüglich nach dem Empfang von dem Empfänger zu erstatten. (Diese Bestimmungen sind gegenüber der Zählung vom 1. Dezember 1914 neu und deshalb ganz besonders zu beachten!)

§ 5. Ausgeschlossen von der Erhebung sind Vorräte, die sich im Eigentum der Heeresverwaltungen oder der Marineverwaltung befinden.

§ 6. Bei Unternehmern landwirtschaftlicher Betriebe, deren Vorräte lediglich aus Mehl in einer Menge von weniger als 50 Pfund im ganzen bestehen, beschränkt sich die Anzeigepflicht auf die Versicherung, daß die Vorräte nicht größer sind.

§ 7. Die Erhebung der Vorräte erfolgt gemeindeweise durch die Grob. Bürgermeisterien (Oberbürgermeister, Bürgermeister). Hierbei kommen folgende Druckformen in Anwendung:

Formular I. Ortsliste (Zählkarte),

II. Zusammenstellungsmuster (Gemeindebogen),

III. Anzeige über auf dem Transporte befindliche Vorräte.

§ 8. Die Grob. Zentralstelle für die Landesstatistik in Darmstadt wird Ihnen die nötigen Zählpapiere unentgeltlich zusenden. Wenn bis zum 7. Mai die Zählpapiere bei der Grob. Bürgermeisterie noch nicht eingetroffen sind, so ist folgendes Telegramm abzusenden: „Landesstatistik Darmstadt Zählpapiere noch nicht eingetroffen. Bürgermeisterie N. N.“

Damit die überaus wichtige Zählung richtig vorgenommen wird, wollen Sie sich auch mit den einzelnen Bestimmungen, die auf den Formularen aufgedruckt sind, genau vertraut machen und die Zähler gut belehren.

In der Ortsliste haben die Grob. Bürgermeisterien auch anzugeben, wie groß die für die Frühjahrsbestellung im Gemeindebezirk etwa noch als Saatgut benötigten Mengen jeder Getreideart und die noch zu bestellenden Flächen nach Deklaren sind.

Die abgeschlossenen Ortslisten und Gemeindebogen sind spätestens bis zum 12. Mai ds. Js. an die Grob. Zentralstelle für die Landesstatistik in Darmstadt einzusenden. Der Termin darf unter keinen Umständen überschritten werden.

§ 9. Die zuständige Behörde oder die von ihr beauftragten Beamten sind befugt, zur Ermittlung richtiger Angaben Vorrats- und Betriebsräume oder sonstige Aufbewahrungsorte, wo Vorräte von Getreide oder Mehl zu vermuten sind, zu untersuchen und die Bücher des zur Anzeige Verpflichteten zu prüfen.

§ 10. Wer die Angaben nicht rechtzeitig oder unrichtig macht, wird mit einer Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft. Auch können Vorräte, die verschwiegen werden, im Urteil für dem Staate verfallen erklärt werden.

§ 11. Gibt ein Anzeigepflichtiger bei Erstattung der Anzeige Vorräte an, die er bei früheren Vorratsaufnahmen verschwiegen hat, so bleibt er von den durch das Verschweigen verurteilten Strafen und Nachteilen frei.

§ 12. Grob. Ministerium des Innern legt im Interesse der Zuverlässigkeit der Erhebung Wert darauf, daß die Lehrer sowie diejenigen Beamten, deren Verrichtung vom Dienst an den Aufnahmetagen möglich ist, sich den Gemeindebehörden zur Durchführung der vorstehend behandelten vaterländischen Aufgabe zur Verfügung stellen. Von den Grob. Bürgermeisterien der Landgemeinden wird erwartet, daß sie sich ohne Rücksicht auf vielleicht hier und da bestehende Verhältnisse privater oder persönlicher Natur der Mithilfe der obengenannten Personen bedienen.

Gießen, den 29. April 1915.

Grobherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Betr.: Wie oben.

An die Schulvorstände des Kreises.

Unter Bezugnahme auf das in § 12 des vorstehenden Ausschreibens Gesagte beauftragen wir Sie, die Mitwirkung der Lehrer bei Ausführung der Erhebung zu sichern und sie, soweit erforderlich, dienstfrei zu machen.

Gießen, den 29. April 1915.

Grobherzogliche Kreisschulkommission Gießen.
J. B.: Seckler.

Bekanntmachung.

Betr.: Den Höchstpreis für Brot.

Nachdem der Kommunalverband den Preis für den Doppelzentner Roggenmehl von 41 M. auf 38 M. mit Wirkung vom 1. Mai 1915 herabgesetzt hat, wird hiermit vom genannten Tage an für die Landgemeinden des Kreises der Höchstpreis für den 4-Pfd.-Laib Roggenbrot auf 72 Pfg. und für den 2-Pfd.-Laib Roggenbrot auf 36 Pfg. festgesetzt.

Dabei machen wir nochmals ausdrücklich auf den § 2 unserer Bekanntmachung vom 25. März 1915 betr. die Vereinerung und den Verkauf von Backwaren und Mehl (Nr.-Bl. Nr. 29 vom 26. März 1. Js.) aufmerksam, wonach das Verkaufsgewicht des Brotes noch 24 Stunden nach seiner Fertigstellung vorhanden sein muß.

Gießen, den 27. April 1915.

Grobherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Betr.: Befestigung der Kartoffelvorräte.

An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Grob. Bürgermeister der Landgemeinden des Kreises.

Nach Bundesratsbeschluss sollen am 15. Mai d. J. die Kartoffelvorräte erneut festgestellt werden.

Die Durchführung der Zählung innerhalb des Großherzogtums ist durch Verfügung des Großh. Ministeriums des Innern der Grob. Zentralfstelle für die Landesstatistik zu Darmstadt übertragen worden.

Die Erhebung selbst erfolgt gemarkungsweise durch die Grob. Bürgermeister (Oberbürgermeister, Bürgermeister). Eine Vergütung für die Mitwirkenden wird von Staatswegen nicht geleistet.

Die nötigen Zählkarten und Gemeindebogen wird Ihnen die Grob. Zentralfstelle für die Landesstatistik unmittelbar zusenden. Diejenigen Bürgermeister, die bis zum 7. Mai nicht im Besitze der nötigen Zählpapiere sind, wollen sich telegraphisch an die genannte Zentralfstelle wenden wie folgt: „Landesstatistik Darmstadt Zählpapiere noch nicht eingetroffen Bürgermeister N. N.“

Auf dem Gemeindebogen ist eine Anweisung aufgedruckt, aus der Sie ersehen, wie die Zählung im einzelnen durchzuführen ist. Damit dies richtig geschieht, wollen Sie sich mit den Bestimmungen genau vertraut machen und die Zähler belehren. Das Ergebnis der Zählung ist dieses Mal von ganz besonderer Bedeutung.

Der zur Angabe verpflichtete Haushaltungsvorstand, Betriebsinhaber usw. hat seinen Kartoffelvorrat möglichst genau zu schätzen. Ein Abwiegen wird nicht verlangt. Kartoffelvorräte unter 1 Zentner sind diesmal bei der Erhebung nicht zu berücksichtigen.

Anfragen bezüglich der Zählung sind an die Grob. Zentralfstelle für die Landesstatistik in Darmstadt zu richten.

Die Grob. Bürgermeister oder die von ihr beauftragten Beamtinnen sind befugt, zur Ermittlung richtiger Angaben Vorräume oder sonstige Aufbewahrungsorte, wo Vorräte von Kartoffeln zu vermuten sind, zu untersuchen und die Väter des zur Anzeige Verpflichteten zu prüfen.

Wer sich weigert, Angaben zu machen, oder wer fahrlässig oder wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft; auch können die Kartoffelvorräte, deren Vorhandensein verschwiegen wird, im Urteil für den Staat verfallen erklärt werden.

Die ausgefüllten Zählkarten und die Urschriften der Gemeindebogen sind spätestens bis zum 20. Mai d. J. an die Grob. Zentralfstelle für die Landesstatistik in Darmstadt einzusenden. Der Termin muß unbedingt eingehalten werden.

Die Zählungsergebnisse sollen nicht veröffentlicht werden. Gießen, den 29. April 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Bekanntmachung über Reis.

Vom 22. April 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Wer Vollreis, Bruchreis oder Reismehl mit Beginn des 26. April 1915 in Gewahrsam hat, ist verpflichtet, die vorhandenen Mengen getrennt nach Arten und Eigentümern unter Nennung der Eigentümer der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H. in Berlin anzuzeigen. Die Anzeige ist bis zum 29. April 1915 zu erstatten. Anzeigen über Mengen, die sich mit Beginn des 26. April 1915 auf dem Transport befinden, sind unverzüglich nach dem Empfang von dem Empfänger zu erstatten.

Die Anzeigepflicht erstreckt sich nicht

1. auf Mengen, die im Eigentum des Reichs, eines Bundesstaates oder Elsaß-Lothringens, insbesondere im Eigentum der Heeresverwaltungen oder der Marineverwaltung stehen,
2. auf Mengen, die insgesamt weniger als zwei Doppelzentner betragen.

Geht der Gewahrsam an den angezeigten Mengen nach dem 26. April 1915 auf einen anderen über, so hat der Anzeigepflichtige der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H. auf deren Erfordern auch den Verbleib der Mengen anzuzeigen.

§ 2. Wer mit Gegenständen der im § 1 bezeichneten Art handelt oder sie im Betriebe seines Gewerbes herstellt, oder sie sonst im Besitze hat, hat sie der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H. auf Aufforderung käuflich zu überlassen. Die Aufforderung muß bis spätestens innerhalb einer Woche nach Empfang der Anzeige (§ 1 Abs. 1, 3) erlassen werden.

Die Aufforderung hat die Wirkung, daß Veränderungen an den von ihr betroffenen Mengen und rechtsgeschäftliche Verfügungen darüber verboten sind, soweit nicht die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H. zustimmt. Den rechtsgeschäftlichen Verfügungen stehen Verfügungen gleich, die im Wege der Zwangsvollstreckung oder Arrestvollziehung erfolgen. Der Aufgeforderte hat für Aufbewahrung und pflegerische Behandlung zu sorgen; er hat

auch der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H. auf Erfordern Auskunft zu geben und Muster der einzelnen Reismengen zu übergeben, auch ihren Vertretern die Beschäftigung der Mengen zu gestatten.

Die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H. hat dem Aufgeforderten binnen zwei Wochen nach Erlass der Aufforderung zu erklären, welche Mengen sie käuflich übernehmen will. Mit dem Ablauf der Frist erlischt die Wirkung der Aufforderung, soweit die Übernahme nicht verlangt ist.

Diese Vorschriften gelten nicht für Mengen, die im Eigentum des Reichs, eines Bundesstaates oder Elsaß-Lothringens, insbesondere im Eigentum der Heeresverwaltungen oder der Marineverwaltung, oder eines Kommunalverbandes stehen.

§ 3. Die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H. hat für die von ihr übernommenen Mengen dem Verkäufer einen angemessenen Uebernahmepreis zu zahlen. Sie darf für den Doppelzentner höchstens bezahlen bei:

Batna-Reis, grob, 76 Mark, Batna-Reis, kurz, 70 Mark, Spanischem Reis 72 Mark, Italienischem Glacé-Reis 72 Mark, Italienischem unglacierten Reis 68 Mark, Siam-Batna, grob, 70 Mark, Siam-Batna, kurz, 66 Mark, Arracan 66 Mark, Moumein 66 Mark, Bassin 64 Mark, Rangoon, grob, 62 Mark, Rangoon, normal, 60 Mark, Rangoon, Stürzung, 56 Mark, Bruchreis I 44 Mark, Bruchreis II 40 Mark, Bruchreis III, IV 40 Mark, Reismehl für Heizwecke 50 Mark.

Neben dem Uebernahmepreis ist für die Aufbewahrung eine angemessene Vergütung zu zahlen, deren Höhe die höhere Verwaltungsbehörde des Aufbewahrungsortes endgültig festsetzt.

Der Reichskanzler kann die weiteren Bedingungen der Ueberlassung festlegen.

§ 4. Erfolgt die Ueberlassung nicht freiwillig, so wird das Eigentum auf Antrag der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H. durch die zuständige Behörde auf die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H. oder die von ihr in dem Antrag bezeichnete Person übertragen. Die Anordnung ist an den Besitzer der Mengen zu richten. Das Eigentum geht über, sobald die Anordnung dem Besitzer zugeht.

§ 5. Kommt zwischen den Beteiligten eine Einigung über den Preis nicht zustande, so wird er von der höheren Verwaltungsbehörde endgültig festgesetzt. Diese entscheidet ferner endgültig über alle Streitigkeiten, die sich zwischen den Beteiligten aus der Aufforderung zur Ueberlassung und aus der Ueberlassung ergeben.

§ 6. Die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H. darf nur an Kommunalverbände oder an die vom Reichskanzler bestimmten Stellen abgeben.

Der Reichskanzler bestimmt die Bedingungen, unter denen die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H. die von ihr übernommenen Mengen zu verteilen und abzugeben hat.

§ 7. Der Reichskanzler kann von den Vorschriften dieser Verordnung Ausnahmen gestatten.

§ 8. Die Vorschriften dieser Verordnung beziehen sich nicht auf Gegenstände der im § 1 bezeichneten Art, die selbst oder deren Rohstoffe nachweislich nach dem 26. April 1915 aus dem Ausland eingeführt worden sind.

§ 9. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehntausend Mark wird bestraft:

1. wer die im § 1 vorgeschriebenen Anzeigen nicht erstattet oder wer wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht,
2. wer unbefugt Mengen, die von einer Aufforderung nach § 2 Absatz 1 betroffen sind, beiseite schafft, beschädigt, zerstört oder verbraucht,
3. wer einer Verpflichtung nach § 2 Absatz 2 Satz 3 zuwiderhandelt.

§ 10. Die Landeszentralbehörde erläßt die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung. Sie bestimmt, wer als höhere Verwaltungsbehörde, als zuständige Behörde und als Kommunalverband im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist.

§ 11. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 22. April 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Delbrück.

Bekanntmachung über Reis.

Vom 26. April 1915.

Im Sinne der Verordnung des Bundesrats über Reis vom 22. April 1915 (R.G.B. S. 237) sind anzusehen:

- a) als höhere Verwaltungsbehörde der Preisaußschuß;
- b) als zuständige Behörde das Kreisamt;
- c) als Kommunalverband der Kreis.

Darmstadt, den 26. April 1915.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Domburg.

Prämer.

Betr.: Bekanntmachung über Reis.

Wir weisen ausdrücklich auf die nach § 1 obiger Bekanntmachung auferlegte Anzeigepflicht und die in dem § 9 vorgesehenen Strafbestimmungen hin.

Anzeigeformulare werden von der zuständigen Handelskammer unentgeltlich abgegeben.

Gießen, den 27. April 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Den Ausschlag und die Erhebung der Beiträge der Viehbesitzer zur Entschädigung für Viehverluste.

Nach Grund der Artikel 10 bis 13 des Ausführungsgesetzes zum Reichsviehseuchengesetz und der Artikel 6 und 7 des Gesetzes über die Entschädigung für an Maul- und Flußseuche gefallenes Rindvieh vom 29. April 1912 hat Großh. Ministerium des Innern durch Verfügung vom 29. März 1915 in Ausführung des § 16 Absatz 1—4 der Ausführungsanweisung zu beiden Gesetzen vom 30. April 1912 das Nachstehende bestimmt:

1. Für Rindvieh ist zur Deckung der Ausgaben nach Artikel 10 des Ausführungsgesetzes vom 29. April 1912 für das abgelaufene Rechnungsjahr 1914 ein Beitrag von 80 Pfg. für ein Tier mit eingetretenerm Jahreswechsel und 10 Pfg. für ein Tier ohne Jahreswechsel zu erheben.

2. Für Pferde ist ein Beitrag für das abgelaufene Rechnungsjahr nicht zu erheben.

Gießen, den 24. April 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Vertrieb von Reiseführern und Karten.

Die nachstehende Bekanntmachung des Stellvertretenden Generalkommandos des 18. Armeekorps wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Gießen, den 27. April 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

XVIII. Armeekorps.

Stellvertretendes Generalkommando.

Abt. III b T.-Nr. 7874/3576.

Frankfurt a. M., den 16. 4. 15.

Betr.: Vertrieb von Reiseführern und Karten.

Bekanntmachung.

Für den Vertrieb von Reiseführern und Karten hat das Kriegsministerium folgende Bestimmungen getroffen:

I. Inland.

Der Karten-Verkauf und -Vertrieb ist in allen Maßstäben erlaubt, jedoch finden folgende Ausnahmen statt:

Der Verkauf, Vertrieb und die Versendung von Karten (auch Reisekarten) in Maßstäben unter 1:100 000, ferner von Reiseführern, Ortsbeschreibungen ist verboten, wenn sie dasjenige deutsche Gelände oder Teile des Geländes enthalten, welches in einer Breite von etwa 100 km. an den westlichen Landesgrenzen oder an der russischen Landesgrenze entlang sich erstreckt oder in einer Breite von etwa 100 km. die offene Meeresküste begleitet.

Gestattet ist, Karten und Reiseführer dieses Gebietes an Truppenteile und Behörden, nicht aber an einzelne Personen des Heeres zu liefern.

Ankündigungen von Bädern und Kurorten innerhalb dieses Gebietes, welche keine Karten unter 1:100 000 und keine runderbildartigen Ansichten enthalten, können von den örtlichen stellvertretenden Generalkommandos zum Vertrieb und Versand freigegeben werden, wenn die Beschreibung der betreffenden Gegenden keine Angaben enthält, deren Kenntnis unsern Gegnern militärisch von Nutzen sein kann.

Der Vermerk, daß das Generalkommando usw. den Vertrieb freigegeben hat, muß auf dem Titelblatt ersichtlich sein.

II. Ausland.**a) Oesterreich-Ungarn.**

Nach Oesterreich-Ungarn dürfen dieselben Karten, Reiseführer usw. verkauft, versandt und vertrieben werden, welche innerhalb des Deutschen Reiches freigegeben sind. Die Versendung darf jedoch nicht an einzelne Personen stattfinden, sondern nur an diejenigen Firmen, welche vom R. und R. militärgeographischen Institut besonders bezeichnet sind.

b) Uebrigcs Ausland.

Die gesamte Kartenausfuhr nach dem übrigen Ausland ist verboten. Dies Verbot erstreckt sich auch auf sämtliche Reiseführer und Reisehandbücher.

Ausnahmen: Gestattet ist, Ausfuhr an das neutrale Ausland von in Deutschland hergestellten Karten, Reiseführern und Reisehandbüchern, wenn sie kein deutsches, österreichisches oder türkisches Gebiet darstellen oder besprechen.

Das Generalkommando ordnet hierzu an:

1. Die Verordnung des Generalkommandos vom 19. März 1915 III b Nr. 5429/2402 betreffend Reichsflagnahme von Reiseführern wird aufgehoben.
2. Wegen der von dem österreichisch-ungarischen militärgeographischen Institut besonders bezeichneten Firmen ist bei einem beabsichtigten Verkauf nach Oesterreich-Ungarn beim Generalkommando anzufragen.
3. Ergeben sich wegen des unter Ziffer I der Bestimmungen des Kriegsministeriums bezeichneten Geländes Bedenken, so ist beim Generalkommando anzufragen.

Der Kommandierende General:

Freiherr von Gall, General der Infanterie.

Betr.: Sachbeschädigung an Einrichtungen der Ueberlandzentrale. An die Großh. Ortspolizeibehörde und Großh. Gendarmerie des Kreises.

Es ist festgestellt worden, daß in einer Anzahl von Transformator-Stationen-Gebäuden der Elektrizität Ueberland-Linie der Provinz Oberhessen die sauber angebrachten Türen und Läden für die Schalttafeln durch Verwerfen mit Steinen und Schmutz, durch Hertragen, Aufschreiben mit Kreide, Einschreiben von Buchstaben usw. dauernd beschädigt werden. Ebenso haben die auf den Türen der Transformator-Stationen angebrachten Warnungsschilder scheinbar ein willkürliches Ziel für Steine- und Gegendwürfe, Bogenschüsse usw. und werden hierdurch selbstverständlich auch beschädigt und teilweise sogar gänzlich zerstört. Sie wollen auf die Ermittlung der Täter Ihr besonderes Augenmerk richten und sie im Betretungsfalle sofort zur Anzeige bringen.

Gießen, den 26. April 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Sechler.

Bekanntmachung.

Betr.: Die Leichenschau zu Quedborn.

Die beiden Ärzte Dr. Becker und Frig zu Grünberg sind als Leichenschauer zu Quedborn bestellt worden.

Gießen, den 24. April 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Sechler.

Betr.: Die Begezeit der Anseln und Stare.

An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Wir empfehlen Ihnen, umgehend unserer Verfügung vom 6. Juni 1914 (Kreisblatt Nr. 47) zu entsprechen.

Gießen, den 24. April 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Sechler.

Bekanntmachung

betreffend Regiebauarbeiten; hier: Einreichung der Nachweisung.

Regiebauarbeiten sind Arbeiten, die Leuten übertragen werden, die sich bei der Hess.-Nass. Bauwerksberufsgenossenschaft nicht angemeldet haben oder von ihr nicht als gewerbsmäßige Unternehmer angesehen werden. In diesen Fällen haben die Bauherren (Auftraggeber) die Unfallversicherung zu regeln, d. h. sie gelten als Unternehmer und haben allmonatlich auf vorgeschriebenem Formular (von der Sektion VI in Gießen zu beziehen) eine Nachweisung über die beschäftigten Arbeiter sowie deren Löhne und verdienten Lohn bei der Großh. Bürgermeisterei einzureichen, die sie an uns weitergeben wird. Desgleichen ist eine Regienachweisung einzureichen, wenn eine Bauarbeit durch eigene Söhne, Verwandte, Knechte usw. ausgeführt wird. Als Bauarbeit wird auch die Anfuhr von Baumaterial zu eigenen Bauzwecken angesehen. Ist der Unternehmer (Bauherr) einer Bauarbeit im Zweifel darüber, ob er einen Nachweis einzureichen hat, so wird ihm empfohlen, die Einreichungsfrist nicht unbenutzt verstreichen zu lassen, um nicht von den aus der Nachweisung eines voranzulegenden Nachweises sich ergebenden Nachteilen betroffen zu werden. Hierbei bleibt es ihm unbenommen, in der Spalte „Bemerkungen“ des Formulars die Gründe anzugeben, aus denen er seine Verpflichtung zur Einreichung eines Nachweises bezweifelt. Unternehmer, die ihren Pflichten zur Einreichung der Nachweise nicht rechtzeitig nachgekommen, können mit einer Ordnungsstrafe bis zu 300 Mark bestraft werden, auch kann gegen Unternehmer Ordnungsstrafe bis zu 500 Mark verhängt werden, wenn die eingereichten Nachweise unrichtige Angaben enthalten. (§§ 908 und 909 der Reichsversicherungsordnung.)

Gießen, den 12. April 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Sechler.

Betr.: Wie vorher.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Die vorstehende Bekanntmachung teilen wir Ihnen zur Kenntnisnahme mit. Damit die Bauherren vor Strafen und Nachteilen bewahrt bleiben, empfehlen wir Ihnen, sie jeweils entsprechend zu verständigen. Die bei Ihnen eingehenden Nachweise sind uns als-

balb vorzulegen. Auf die Bekanntmachung im Kreisblatt Nr. 8 von 1913 wird Bezug genommen.

Gießen, den 12. April 1915.

Großherzogliches Kreisamt (Versicherungsamt) Gießen.
J. B.: Dehler.

Bekanntmachung.

Betr.: Musterung der Militärpflichtigen.

Dieserjenigen Militärpflichtigen, die in den Jahren 1895, 1894 und früher geboren und bei der Musterung im Januar dieses Jahres zurückgestellt worden sind, sich aber bei der Bürgermeisterei ihres derzeitigen Aufenthaltsortes noch nicht zur Stammrolle angemeldet haben, fordere ich auf, dies sofort zu tun, andernfalls Verstrafung bis zu 30 Mk. Geldstrafe oder Haft bis zu drei Tagen erfolgt.

Gießen, den 29. April 1915.

Der Zivilvorsteher der Ersatz-Kommission des Kreises Gießen.
J. B.: Demmerde.

Betr.: wie oben.

An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Auf obige Bekanntmachung weise ich Sie hin und empfehle, etwaige Neu-Anmeldungen entgegenzunehmen und in die betreffenden Stammtrollen einzutragen. Ueber die Neu-Anmeldungen ist mir ein Auszug aus der Stammtrolle bis zum 10. Mai d. J. einzulenden, damit die Eintragung in die alphabetische Liste erfolgen kann.

Es sei hier nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich nur um Meldung Militärpflichtiger handelt, die noch nicht in den Stammtrollen enthalten und bei der Musterung im Januar dieses Jahres zurückgestellt worden sind.

Gießen, den 29. April 1915.

Der Zivilvorsteher der Ersatz-Kommission des Kreises Gießen.
J. B.: Demmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Sonntagsruhe in den Apotheken.

Am Sonntag, dem 2. Mai 1. J., von nachmittags 3 Uhr bis Montag, den 3. Mai, früh, ist die Engel-Apothek geöffnet.

Gießen, den 29. April 1915.

Großherzogliches Polizeiamt Gießen.
Demmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Wänderung der Polizei-Verordnung die Bade-Anstalten betreffend.

Wir bringen zur öffentlichen Kenntnis, daß der § 8 der angeführten Polizei-Verordnung in folgende Fassung umgeändert worden ist:

§ 8.

Das Tränken, Schwimmen oder Waschen von Pferden, Rindvieh, Schafen und Schweinen in der Bahn zwischen den beiden ober- und unterhalb der Zahnbrücke gelegenen Wehren ist vom 1. Mai bis 15. September unteragt.

Gießen, den 26. April 1915.

Großherzogliches Polizeiamt Gießen.
Demmerde.

Nachtrag zur Ortsbauordnung für die Gemeinde Vollar.

Auf Grund der Artikel 2, 37 und 59 der Allgemeinen Bauordnung vom 30. April 1881 und der §§ 3—5, 7, 9, und 78 der Ausführungsverordnung vom 1. Februar 1882 wird auf Beschluß des Gemeinderats vom 12. März 1915 nach Anhörung des Großh. Bürgermeisters und Begutachtung durch den Kreis-Ausschuß mit Genehmigung Großh. Ministeriums des Innern vom 14. Oktober 1914 zu Nr. M. d. J. 18 615 folgender Nachtrag zur Ortsbauordnung für die Gemeinde Vollar vom 17. November 1906 erlassen:

§ 1.

Für die projektierte Straße A—B wird die offene Bauweise vorgeschrieben.

a) Die in dieser Straße zu errichtenden Gebäude können einzeln stehen oder in Gruppen errichtet werden. Bei Gruppenbildung dürfen nicht mehr als höchstens 2 Häuser vereinigt werden und muß bei den beteiligten Grundbesitzern eine Einigung über den gemeinsamen Fassadenplan vorhanden sein.

b) Der Abstand der Einzelgebäude bzw. der Gruppen von der Gebäudewand bis zur Nachbargrenze muß mindestens 2,50 Meter betragen. Ein Vorspringen von Einbauten in dem zeitlichen Grenzabstand, wie z. B. von Erkern, Balkonen, Veranden und Freitreppen ist unter Wahrung der gesetzlichen Durchfahrt gestattet.

c) Die Gebäude dürfen außer dem Erdgeschoß nicht mehr als ein Obergeschoß erhalten.

Ein ganz oder teilweise ausgebauter Dachstuhl wird einem Obergeschoß gleichgerechnet.

d) Alle von den Straßen aus sichtbaren Außenseiten der Vorder-, Hinter- und Seitengebäude müssen eine gefällige architektonische Ausbildung, gegebenenfalls nach den Vorschlägen der Baupolizeibehörde erhalten.

e) Die Errichtung von Seiten- und Hintergebäuden ist nur mit Zustimmung des Gemeinderats und besonderer Genehmigung der Baupolizeibehörde zulässig.

§ 2.

Dieser Nachtrag tritt mit dem Tage seiner Veröffentlichung im Kreisblatt in Kraft.

Vollar, den 26. April 1915.

Großherzogliche Bürgermeisterei Vollar.
gez. Schmidt.

Aufforderung.

Die folgenden Einlagebücher der BezirksSparkasse Gießen (vorher Spar- und Leihkasse Gießen)

lautend auf die Namen:

- a) Nr. 46223 Dr. Wilhelm Schlanderaff zu Frankfurt a. M.
b) „ 44463 Ewald Bänke zu Gießen
c) „ 53173 Eugen Brumm zu Gießen
d) „ 52873 Bertha Wenzel zu Dauernheim
e) „ 24891 Robert Nag zu Steinbach
f) „ 19347 Wilhelm Forbach zu Alten-Buseck
g) „ 39200 Luise Rose zu Bierenberg
h) „ 52041 Katharine Schomber zu Vollar
i) „ 42813 Ernst Becker zu Versrod

sind abhanden gekommen.

Die etwaigen Inhaber der genannten Bücher werden aufgefordert, ihre Ansprüche an diese binnen 3 Monaten vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an bei uns geltend zu machen, andernfalls die Kassenverluste erfolgen wird.

Gießen, den 27. April 1915.

Der Vorstand der BezirksSparkasse Gießen.

Sacheis.

3880D

Meteorologische Beobachtungen der Station Gießen.

April	Barometer auf 0° reduziert	Temperatur der Luft	Absolute Feuchtigkeit	Relative Feuchtigkeit	Windrichtung	Windstärke	Graz der Beobachtung in Gehmet der Luft	Wetter
1915								
29.	50,0	20,0	4,6	27	ENE	2	0	Sonnenschein
29.	49,9	14,9	7,8	60	NNE	2	0	Klarer Himmel
30.	50,1	9,4	6,7	76	N	2	0	Sonnenschein

Höchste Temperatur am 28. bis 29. April 1915 = + 20,6° C.

Niedrigste „ „ 28. „ 29. „ 1915 = + 3,4° „

Märkte.

fr. Frankfurt a. M. Vieh- und Marktbericht vom 29. April.
Auktions: Rinder 145 (Ochsen 2, Bullen 1, Kühe und Färsen 141),
Kälber 880, Schafe 75, Schweine 928.

Tendenz: Rinder lebhaft, Schafe ruhig, geräumt, Schweine lebhaft, nahezu geräumt.

Preise für 100 Wfd. Lebend- Schlachtgewicht.

Kälber.	Mt.	Mt.
Feinste Mastkälber	64—66	107—110
Mittlere Mast- und beste Saugkälber	60—64	100—107
Geringere Mast- und gute Saugkälber	56—60	95—120

Schafe.

Mastlämmer und jüngere Mastschafel	52—58	112—115
------------------------------------	-------	---------

Schweine.

Wollfleischige Schweine von 80 bis 100 kg Lebendgewicht	100,00—105	125,00—130,00
Wollfleischige Schweine unter 80 kg Lebendgewicht	95,50—105	110,00—120,00
Wollfleischige Schweine von 100 bis 120 kg Lebendgewicht	100,00—105	125,00—130,00
Wollfleischige Schweine von 120 bis 150 kg Lebendgewicht	100,00—105	125,00—130,00

fr. Wiesbaden, 29. April. Getreide- und Strohmärkte.
Man notierte: Weizen 5,00—5,50 Mk., Roggen 4,00—4,50 Mk., Stroh (Rohstroh) 2,50 bis 3,00 Mk., Krummstroh 0,00—0,00 Mk., Paserstroh 0,00—0,00 Mk. Alles für 50 Kilo. — Am Fruchtmarkt war nichts angefahren.